

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686-3696, Telegramm-Z: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 12 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt: Dr. Gerhard Thimm, Berlin, Anzeigen-Preis: am-Zelle 22 Pfennig, Familien-Anzeigen: am-Zelle 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

10 Pf. [Anwärter 15 Pf.] • Nr 219

DIENSTAG, 9. MAI 1933

MORGEN-AUSGABE

Neuer Erlass gegen Eingriffe Zentrumsführer

Staatsauffassung gegen Interessenvertretung

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Der preussische Ministerpräsident Östing hat mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß im gleichen Augenblick, in dem die preussische Staatsregierung in der Frage der preussischen Theater einen der Klärung dienenden Erlass herausgegeben hat, vom Kampfbund für deutsche Kultur eine „Reichszentrale für das deutsche Theaterwesen“ gegründet wurde. Dies muß wir weiteren Bewirzung beitragen. Der preussische Ministerpräsident betont noch einmal, daß es bei der von ihm erlassenen Regelung bleibt und die Reichszentrale für deutsches Theaterwesen nicht das geringste mit den hiesigen und Staatstheatern zu tun hat. Diese Reichszentrale ist lediglich eine private Interessengemeinschaft und hat auf die hiesigen und staatlichen Bühneneinrichtungen keinerlei Einfluß.

Ferner läßt der preussische Ministerpräsident mitteilen, daß in letzter Zeit mehrfach vom Kampfbund, besonders vom Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand, in nicht rechtmäßiger Weise in Betriebe eingegriffen worden ist. In Zukunft werden derartige Eingriffe nicht geduldet, Zuwiderhandlungen bestraft.

Das preussische Staatsministerium ersucht die Leiter der Kampfbünde, schriftlich darauf zu achten, daß in dem vorgenannten Kampfbund nicht erneut Organisationen verknüpft aufzutauchen können, die bisher von der nationalsozialistischen Bewegung schriftlich befreit wurden.

Nachdem die Nationalsozialisten überall die Regierung übernommen haben, brauchen die Kampfbünde nicht mehr in der Richtung tätig zu sein wie vor dem 30. Januar 1933. Sie haben jetzt lediglich die Aufgabe, innerhalb der Verbände und Vereinigungen dafür zu sorgen, daß die bislang in den Vordergrund gestellten Interessenvertretungen zurückgedrängt und durch eine allgemeine Staatsauffassung ersetzt werden. Die Kampfbünde dürfen nicht dazu führen, daß in ihnen erneut Interessengruppierungen entstehen, wie sie seitens z. B. in der Wirtschaftspartei von den Nationalsozialisten verboten bekämpft wurden. Nicht das Interesse eines einzelnen Gewerbes oder Berufes, sondern das allgemeine Interesse des Volkes und des Vaterlandes steht im Vordergrund. Nach diesem Grundsatz allein richtet sich die preussische Staatsregierung, und darum verweigert sie das Gedeihe aus allen Organisationen und Vertretungen.

Es ist ein Zeichen der Zeit, daß der neue Parteiführer des Zentrums, Dr. Heinrich Brüning, nicht, wie es bisher üblich war, vom Parteitag gewählt, sondern vom geschäftsführenden Vorstand bestimmt worden ist. Parteitage sind nicht mehr zeitgemäß, und das Führerprinzip kommt auch beim Zentrum stärker zur Geltung. Der Vorstand hat nicht nur alle Vollmacht zur Reorganisation des Parteiparates erhalten; die Mitglieder der Reichstags- und der preussischen Landtagsfraktionen, die an der Tagung teilnahmen, haben dem neuen Haupt der Partei auch ihre Mandate zur Verfügung gestellt. Das war mehr als eine Geste, denn nicht nur in den Parteifunktionen, sondern auch in den parlamentarischen Vertretungen der Parteien werden Veränderungen erfolgen. Das Zentrum soll durch Dr. Brüning sein neues Gepräge erhalten.

Der Führerwechsel im Zentrum ist durch die Ereignisse der letzten Monate nicht bedingt worden. Aber er hat durch sie erhöhte Wichtigkeit erhalten. In den letzten drei Jahren hat Prälat Dr. Kaas mehrfach das Verlangen geäußert, im Parteivorstand durch eine andere und jüngere Kraft abgelöst zu werden. Es wurde dazu nicht nur durch die Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand verweigert, sondern auch durch den Wunsch, sich seinen geistlichen Pflichten widmen zu können. In den letzten Jahren der Zentrumsführung, die sich die Partei in den letzten sieben Jahren gemißt hat, ist Prälat Dr. Kaas der erste gewesen, der das presterliche Amt trug. Jetzt wird er wieder durch einen tatkräftigen Mann abgelöst und die alte Tradition damit wieder erneuert durch die Berufung des Mannes, der schon seit langem als der geistige Motor des Zentrums angesehen wurde. Dr. Brüning war es, und nicht der damalige offizielle Führer, der die letzten maßgeblichen der Partei geleitet, dessen Name in allen Wahlkreisen an der Spitze der Zentrumsliste stand. Er selbstverständlich es nach dem vollzogenen Wechsel des Prälaten Dr. Kaas der Partei erschie, daß Dr. Brüning auch der nominale Parteiführer wurde, so schwierig ist es offenbar gewesen, den Widerspruch des Erzklosters gegen die Übernahme des Amtes zu überwinden.

Dieser Widerstand entpang sichert nicht der Ehre vor den außerordentlichen Schwierigkeiten der Aufgabe, die jetzt einem Zentrumsführer gestellt ist. Dr. Brüning ist für die Partei ein Mann, der seine Kraft nicht nur in der geistlichen, sondern auch in der weltlichen Arbeit bewährt hat. Aber wie Parteitage nicht mehr zeitgemäß sind, so ist die Erziehung und die Wirkungsmöglichkeit der Parteien überhaupt problematisch geworden. Der Nationalsozialismus hat sich von jeher als eine Bewegung bezeichnet, die sich der Parteiform und der Parteifirmierung nur bediente, solange sie den Kampf um die Macht auch auf dem parlamentarischen Boden ausfechten mußte.

Die deutschlandspartei hat in den letzten Wahlkampf bereits als Glied der parlamentarischen Front geführt, hat fast mit der gleichen Begründung die Parteibezeichnung abgelegt und sich in eine deutschlandspartei Front verwandelt (in deren tatkräftigen, wenn auch nicht nominellen Führung stehen eine Aenderung dadurch eingeleitet ist, daß Dr. Hugenberg seinem Stellvertreter, Dr. von Winterfeld, sämtliche Vollmachten übertragen hat). In Chemnitz hat jüngst der Reichsminister Dr. Goebbels von der Einheit gesprochen, zu der Staat, Partei und Volk verknüpfen müssen. In diesem Hinblick ist die Einheit des Reiches ein Ziel, es für eine Partei in der bisherigen Form kaum noch Wirkungs-möglichkeiten geben. Unter dem parlamentarischen System war der Führer der Partei auch deren Vollmächtester bei wichtigen Verhandlungen mit der Regierung der erste Anwärter auf einen Sitz, wenn nicht gar auf den Vorsitz im Reichskabinett. Solche Erwägungen schieben jetzt bei der Minimierung Dr. Brünings aus. In anderem Sinne als früher soll er der Führer des Zentrums sein; seine wichtigsten Vollmachten sollen ihm nicht lediglich personale Veränderungen im Parteiparat ermöglichen, sondern eine geistige Umformung und Erneuerung. Wenn man die Absichten dieser Art versteht, die dem geschäftsführenden Vorstand leiten, dann ist Dr. Brüning nicht um Wähler des Zentrumsbundes bestellt, der über sieben Jahrzehnte aufgedichtet worden ist und bis vor kurzem als unerschütterlich galt; er soll der Schöpfer einer neuen Form, eines neuen Bundes sein, wenn nicht auf den weltlichen geistigen Grundlagen, die in der programmatischen Entschleunigung vom Gesamtbild aufgezeichnet worden sind.

Es ist zu begreifen, daß eine Personifikation von dem geistigen Rang Dr. Brünings wieder eine aktive Tätigkeit an hervorragender Stelle zurückfindet. Sein tief verankertes nationales Empfinden ist auch in den Zeiten lebendiger politischer Kämpfe selbst von seinen Gegnern

Guter Fortgang in Washington

Schacht und Luther wieder bei Roosevelt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung WASHINGTON, 8. MAI

Schacht und Luther wollten heute nachmittag bei Roosevelt, nachdem es zuerst den Anschein hatte, als ob die Aussprache wegen der Überlieferung Roosevelts auf morgen hätte verlagert werden müssen. Vorher hatten sie eine Konferenz mit dem Außenminister Hull und dessen

Stabschefs, Professor Molen, Tauffig und James Warburg über die Tagesordnung der Weltwirtschaftskonferenz.

Schacht zeigt sich sehr befreit über den Fortgang der Verhandlungen und die freundliche Atmosphäre. Er hätte jedoch den Wunsch der Vereinigten Staaten nach einem bald-Waffenstillstand wie die Pläne der Regierung auf Aufwertung des Silbers unterliegen.

Japans Vormarsch auf Peking

Aber vorläufig noch keine Besetzung

Sonderbericht der Vossischen Zeitung PEKING, 8. MAI

Durch den Vormarsch der Japaner und Mandschu-Truppen aus Chingmangtiao in Richtung auf den Suan-ho ist die Frontlinie, die nach geschäftigen erditterten Kämpfen bei Wuynen eine Zeitlang ruhig war, von neuem in Bewegung geraten. 2000 Infanteristen, unterstützt von einem Panzerzuge, erditterten am Sonntag abend den Angriff auf die chinesischen Vorposten im Flußdelta. Die Chinesen zogen sich zumeist zurück auf Changli zurück, das mittags von den Japanern bombardiert wurde. Der Angriff zwang die Chinesen, ihre Pläne zurückzunehmen. Wahrscheinlich beabsichtigen die Japaner, das Ufer des Suan-Flusses wieder zu besetzen, das sie vor Wochen schon einmal eingenommen hatten.

Ob sie dann den weiteren Vormarsch auf Tientin und Peking antreten, erscheint noch zweifelhaft. Offenbar ist Japan strategisch nicht imstande, die Befehle der erschlößten vorzugehen, solange nicht die Truppen die angehendliche in der inneren Mongolei nahe Dschang-shi-Hüden befragen, in die breite Front Kalgan-Ausweitungs-Pläne ein-gedrückt sind. Politisch dürfte Japan den Einmarsch solange hinauschieben, bis die Gemüths vorhanden ist, daß der Einmarsch die chinesische Regierung zwingt, den Widerstand aufzugeben und den Mandschu-Staat anzuerkennen. Diese Gemüths ist bisher nicht vorhanden.

Die japanischen Bemühungen, die Tätigkeit der chinesischen Regierung von innen heraus zu unterbinden, sind bisher an der

chinesischen Wankenslage gescheitert. Erst Sonntag wurde in dem geschäftigen Diplomatenratte Peking im Geleit der Wagnissitz ein japanischer Agent von unbekanntem Namen erschossen.



Der Agent hatte versucht, chinesische Truppenführer durch hohe Summen zum Abfall von der Zentralregierung und zum Abtritt auf die Seite der Mandschu-Truppen zu bewegen.

W. Sch.